

haben die brasilianische Kirche in diesem Engagement intensiv unterstützt und damit eine große Zahl der Aktivitäten zugunsten der benachteiligten Bevölkerungsgruppen erst möglich gemacht. Es wird sehr deutlich, welche Verantwortung die Hilfswerke hiermit tragen.

Ähnlich, wenn auch in den Details anders, ist die Situation in *Chile*. Auch hier bezieht die Kirche als ganze Position für die ärmeren Bevölkerungsgruppen und entwirft Hilfsprogramme, die vor allem der Existenzsicherung der Kleinbauern dienen, die unter der jetzigen Wirtschaftspolitik ihr Land zu verlieren drohen. Diese Programme werden mit beachtlichen Mitteln von kirchlichen Hilfswerken unterstützt.

In anderen Ländern mit Militärdiktaturen ist der Spielraum für die kirchliche Entwicklungshilfe weit enger. So etwa in Korea, wo die Kirche nur eine Minderheit darstellt, oder in Argentinien, wo die Kirche keine einheitliche Position gegenüber der gesellschaftlichen Situation bezogen hat und wo große Teile der Kirche durch Terrormaßnahmen der Regierung eingeschüchtert sind.

### Kirchen können gegensteuern

Zusammenfassend kann gesagt werden:

1. In einer Reihe von Ländern, die unter einer Militärdiktatur stehen, kann private Entwicklungshilfe von außen nicht viel mehr tun, als *akute Notlagen* (Unterernährung, Krankheiten, Vertreibungen etc.) zu lindern und den Betroffenen einen gewissen Schutz zu geben.
2. In der Mehrzahl der genannten Länder haben vor allem die Kirchen, manchmal aber auch andere nichtstaatliche Organisationen noch so viel Handlungsspielraum, daß sie auch längerfristige Entwicklungsarbeit in Gang setzen, z. B. Grundlagen für die Organisation der Bevölkerung in

Selbsthilfegruppen schaffen können. Der Aufbau von Genossenschaften und die Ausbildung von Führungskräften für diese ist – wenn auch oft mit Begrenzungen – fast immer möglich. Hilfe von außen kann hier viel für die Verbesserung der Lebenslage der Menschen tun.

3. Die Erfahrung zeigt, daß eine starke und mutige Kirche unter einer Militärdiktatur auch in dem Sinne Entwicklungshilfe leisten kann, daß sie notwendige gesellschaftliche Veränderungen anspricht (etwa Einkommensverteilung, Teilnahme aller an der Gesellschaft, Landreform etc.) und sich mit Entwicklungsmaßnahmen für die Interessen der Unterprivilegierten engagiert. Sie muß allerdings für dieses Engagement – wie die jüngsten Ereignisse in einigen lateinamerikanischen Ländern zeigen – oft große Leiden auf sich nehmen. Für die Kirchen in den Industrieländern erhebt sich die Frage, wie sie in solchen Situationen über die finanzielle Hilfe hinaus *Solidarität mit ihren Schwesterkirchen* üben können.

4. Als Reaktion auf die Militärdiktaturen sind in einer Reihe von Ländern *Widerstands- und Befreiungsbewegungen* entstanden. Einige nichtstaatliche Hilfsorganisationen in Europa und Nordamerika unterstützen diese Befreiungsbewegungen uneingeschränkt. Die meisten kirchlichen Hilfswerke haben in diesen Fragen differenziert Stellung bezogen. Sie arbeiten nicht mit den Befreiungsorganisationen zusammen, die zur Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anwenden, und nicht mit solchen, deren ganzes politisches Verhalten darauf schließen läßt, daß sie nach Erringung der Macht eine neue Diktatur unter anderem Vorzeichen errichten werden.

Die Zusammenarbeit wird mit solchen *Selbsthilfebewegungen* angestrebt, die im politischen Vorfeld die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung durch Selbsthilfemaßnahmen verbessern wollen und die gewaltlos gegen Unterdrückungen Widerstand leisten.

Ulrich Koch

## Interview

# Die Schwierigkeit, aufeinander zuzugehen

## Ein Gespräch mit Herbert Wehner

*Wie stark oder auch wie sehr nur scheinbar ist der Dissens zwischen den Parteien über Grundlagenfragen von Staat und Gesellschaft? Welches sind die besonderen Störfaktoren im politischen Klima der Bundesrepublik? Was behindert ein sachliches Gespräch zwischen SPD und katholischer Kirche? Dies waren die Themen des folgenden Interviews mit Herbert Wehner, das am 28. April in Bonn aufgenommen wurde. Die Fragen stellte D. A. Seeber.*

*HK:* Über dreißig Jahre Bundestag, über dreißig Jahre Grundgesetz, über dreißig Jahre Bundesrepublik, Herr Wehner, was hat sich in dieser Republik nicht so sehr in ihren außenpolitischen und nationalen Lebensbedingungen, sondern in der Substanz ihres politischen Lebens verändert?

*Wehner:* Wenn ich es recht bedenke, so zeigt sich in zu-



nehmendem Maße leider eine Verminderung der Fähigkeit, in den politischen Auseinandersetzungen aufeinander zuzugehen. Damit möchte ich nicht irgendeiner Kumpanei das Wort reden, sondern auf die stärker werdende Tendenz hinweisen, den Rahmen eines parlamentarisch regierten, demokratischen Staatswesens über Gebühr zu belasten bzw. diesen Rahmen vielleicht sogar zu sprengen. Hier Maß zu halten ist, jedenfalls nach meiner Erfahrung, in der Bundesrepublik schwerer geworden als in früheren Jahren.

### „Wir haben die Fähigkeit zur parlamentarischen Demokratie noch nicht völlig erworben“

*HK:* Schwerer geworden, weil die Schwierigkeiten aufeinander zuzugehen in den Parteien bzw. zwischen den diversen politischen Strömungen auch innerhalb der Parteien gewachsen sind oder auch, weil sich die Voraussetzungen der parlamentarischen Arbeit, z. B. durch verstärkte Abhängigkeit des Parlaments von Bürokratie und Expertentum, zu dessen Nachteil geändert haben?

*Wehner:* Beides spielt eine Rolle. Aber das sei bitte keine Verlegenheitsantwort. Denn es ist nicht zu übersehen, daß, nehmen wir ein Beispiel, die SPD in 17 Jahren Opposition in Selbstzucht eine konstruktive Opposition geworden und gewesen ist. Die in Fraktionsgemeinschaft kooperierenden C-Parteien sind aber nach 10 Jahren Opposition offensichtlich nicht imstande, zu einer konstruktiven Opposition zu werden, und das belastet die parlamentarische Praxis ebenso wie die Entwicklung der öffentlichen Meinung. Die Neigung, es doch immer wieder statt eines innenpolitisch zu begründenden Gegnerschaftsverhaltens zu Feindverhältnissen kommen zu lassen, ist streckenweise stärker als die Fähigkeit aufeinander zuzugehen. Und – soviel zum zweiten Teil Ihrer Frage – das Parlament ist tatsächlich in zunehmendem Maße sehr ausgeprägt in eine zu starke Abhängigkeit, was seine Arbeitsweise und Arbeitsmethoden betrifft – ich meine das jetzt nicht herabsetzend –, von dem, was man Bürokratie nennt, geraten, ohne daß ich damit die einzelnen Menschen, die dazugehören, disqualifizieren will. D. h., wir haben die Fähigkeit zur parlamentarischen Demokratie noch nicht völlig erworben.

*HK:* Noch nicht erworben oder schon wieder verloren, bevor sie so richtig erworben war, indem nicht nur der Bürger, sondern auch die Parlamente von der Kompliziertheit der Verhältnisse, die sich in Bürokratie, Interessengruppen und Expertentum spiegeln, in einer Weise überrollt werden, daß es schwierig wird, die Durchlässigkeit zwischen Bürger und Gesetzgeber, die für die Entscheidungsfindung im Parlament notwendig ist, zu erhalten?

*Wehner:* Das ist sicher nicht außer acht zu lassen. Nur habe ich noch einen Zusatz. Es hat in einigen Perioden

dieses Bundestages in den Fraktionen sowohl der SPD als auch im CDU-Bereich Ansätze oder sagen wir Vorsätze dazu gegeben, einmal das Gesetzesdickicht zu durchforsten und sich dafür einzusetzen, daß Gesetze weniger zahlreich, weniger umständlich und, was ihre Lesbarkeit betrifft, weniger volksfremd werden. Es ist bei den guten Vorsätzen geblieben. Hoffentlich gibt es wenigstens im nächsten Bundestag mal einige – es muß ja nicht interfraktionell sein, aber es müßte dann doch auch aufeinander zugegangen werden –, die sich dieser sicher schwierigen Arbeit widmen.

*HK:* Wenn man aber Wahlreden und politische Programme liest, dann hat man doch den Eindruck, daß das eben Gesagte wenigstens als Anliegen auf einem weitgehend überparteilichen Konsens beruht. Wenn es dennoch nicht zu erkennbaren neuen Ansätzen kommt, liegt das an der Unfähigkeit, einmal eingespielte parteipolitische und parlamentarische Strategien zu verändern, oder an was sonst?

*Wehner:* Ein Problem, das hierhergehört, ist, daß man meint, sich fortgesetzt in Wahlkämpfen zu befinden. Ich schiebe das nicht auf die föderative Verfassung und die föderative Gestalt unserer Republik. Aber es gibt ja kaum einmal ein Jahr, in dem nicht gewählt wird. Und Wahlen werden immer so aufgefaßt, als ginge es dabei um alles oder nichts. Da fehlt es dann nicht nur an Gleichgewicht, sondern auch an Gleichmut. Und das führt zwar nicht einfach zu Gleichgültigkeit gegenüber gewissen notwendigen parlamentarischen Schritten, wohl aber zur Gleichförmigkeit im Nichtzustandbringen parlamentarischer Arbeitsreformen, die nur im Aufeinanderzugehen möglich sind.

*HK:* Könnte man sagen, daß der Zwang zum permanenten Wahlkampf aufgrund der Verteilung der Wahltermine neben der Mode, jede Landtagswahl als halbe Bundestagswahl zu propagieren und zu führen, zu einer mehr oder weniger populistisch geprägten Massendemokratie auf Kosten der parlamentarischen führt?

*Wehner:* Dazu kann ich nur klar ja sagen.

*HK:* Sie sprachen, Herr Wehner, von der Tendenz, politische Gegnerschaft in Feindbilder zu übersteigern. Die Versuchung dazu läßt sich wohl bei allen Parteien bzw. politischen Formationen feststellen. Aber gerade jetzt angesichts der Zuspitzung der internationalen Krise, der andauernd gespannten weltpolitischen Situation läßt sich beobachten, daß Regierung und Opposition bemüht sind, sich auf parallelen Wegen zu bewegen oder, wenn nicht bemüht, dann doch faktisch dazu gezwungen sind. Sieht es also trotz der beklagten Feindbilder in entscheidenden Punkten nicht so aus, als ob es sogar mehr Gemeinsamkeit gäbe, als man einer Konkurrenzdemokratie selbst im Außenpolitischen im allgemeinen zutraut?

*Wehner:* Das reduziert sich, entschuldigen Sie, auf die persönliche Fähigkeit unseres gegenwärtigen Bundeskanzlers, die ganze Last auf sich zu nehmen und die gegneri-



schen Fraktionen im Bundestag in dem für einen Regierungschef erlaubten Ausmaß ins Bild zu setzen, also Konsultationen oder konsultationsartige Informationen zu praktizieren und nicht nur feierliche öffentliche Darstellungen zu bieten ...

### „Das Schlimme ist die Unterstellung“

*HK:* Es hat auch sehr nachdrückliche Angebote seitens der Opposition gegeben ...

*Wehner:* Ja, und es gibt auch, entschuldigen Sie, daß ich da zornig werde, daß ich in den Blättern lese, daß ich Geheimagent sei, daß die sozialdemokratische Fraktion einen Moskauer Flügel habe usw. Das ist die Aufteilung und das sind Todesstöße gegen die parlamentarische Demokratie. Hier sitzt einer, der fortgesetzt zum Gegenstand einer Treibjagd gemacht wird und dabei der Vorsitzende einer Fraktion ist, die sich bemüht – wir haben es in der vorigen Woche wieder erlebt, als es um die schwierige Empfehlung der Bundesregierung zum Olympiaboykott ging –, es nicht dazu kommen zu lassen, daß eine Seite gegen die andere steht und dabei ihre Auffassungen noch dadurch krönen möchte, daß sie der anderen unterschiebt, sie hätte unsaubere Absichten oder sie habe eine Moskauer Fraktion ...

*HK:* Wenn man gegenwärtig auf kulturkritische Untertöne in der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik hört, dann fällt einem ein Dreifaches auf: Man beklagt einen geringer werdenden oder gar „schwindenden Konsens in Grundfragen“, man geißelt zugleich das „überzogene Harmoniestreben“ der Deutschen und glaubt ziemlich allseits „Pseudopolarisierung“ feststellen zu können. Welches dieser Phänomene ist für Sie gegenwärtig das entscheidende? ... Inwieweit bedingen sie sich gegenwärtig?

*Wehner:* Es ist leider wohl nicht außer acht zu lassen, daß das eine das andere entweder bedingt oder zur Folge hat. Ich weiß auch, daß man über nicht zu leugnende und auch nicht negativ zu beurteilende parteipolitische Gegensätze in bezug auf das, was gemacht werden oder wie es gemacht werden soll, nicht jammern muß. Da ist vieles demokratisch zu verantworten und zu verkraften. Das Schlimmste aber ist die Unterstellung. Und bei uns spielt die Unterstellung eine wichtigere Rolle als die Fähigkeit zu kooperieren. Es gilt nach wie vor, was ich vor demnächst zwanzig Jahren am 30. Juni 1960 gesagt habe: Gegnerschaft ist in Ordnung; diese kann scharf sein, aber sie darf nie zum Feindverhältnis werden, denn dann würde die Bundesrepublik Deutschland am Gegensatz zwischen christlichen Demokraten und Sozialdemokraten zerbrechen. Das ist auch heute meine Meinung, und ich habe noch keinen wirklichen Trost gefunden, daß sich das vermindert hätte. Ich suche danach.

*HK:* Kommt manche Unterstellung letztlich nicht daher, daß man sich in grundlegenden Fragen für Staat und Ge-

sellschaft so uneinig gar nicht ist, aber die politische Rhetorik ihren Tribut fordert? Es ist z. B. doch unumstritten, daß hinsichtlich der Wirtschaftsordnung, also über die Ausgestaltung als soziale Marktwirtschaft, im Grunde weitgehende Einigkeit besteht, auch wenn im Wahlkampf die einen sie in Verfassungsrang erheben und andere darin nur oder auch „so ein Schlagwort“ zu sehen scheinen?

*Wehner:* Den Konsens, was wirtschaftspolitische Notwendigkeiten und zum Teil Unvermeidlichkeiten angeht, gibt es nur in begrenztem Maß. Die Auseinandersetzung darüber, was der Staat dort, wo es so erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt, daß die Angst um den Verlust weiterer Arbeitsplätze wächst, zu tun habe, die Auseinandersetzung darüber, was und wieviel der Staat da unternehmen muß, z. B. die Durchführung solcher langfristiger Programme wie das Programm Zukunftsinvestitionen, haben, jedenfalls was ihre praktische Ausführung bestimmt, keine unüberbrückbaren Gegensätze zur Folge gehabt. Um so mehr gibt es jetzt wieder Auseinandersetzungen darüber, wieviel der Staat – und das geht bei ihm nur über Steuern und über Kredite – sich in Anspruch nehmen lassen darf. Hätten wir aber die Verschuldung niedriger gehalten, wären wir ähnlich wie andere europäische Staaten in den letzten Jahren streckenweise in ganz schwerwiegende wirtschaftliche Rückschläge mit hineingezogen worden ...

*HK:* Die Auseinandersetzung über die Staatsverschuldung ist sicher wichtiges Wahlkampfthema und insofern unvermeidlich, aber sie ist sicher keine Auseinandersetzung um Sein oder Nichtsein – jedenfalls gegenwärtig nicht – unserer Demokratie?

*Wehner:* Gewiß sind diese Auseinandersetzungen unvermeidlich, aber sie grenzen oftmals daran, daß man den Gegner beschuldigt, er wolle die Verstaatlichung der Wirtschaft, was wir keineswegs wollen, oder er reize, wie es Kurt Biedenkopf deutlich zu machen versucht hat, die Leute, die auf Arbeit angewiesen sind, dazu, sich darauf zu verlassen, daß sie staatlich ausgehalten werden. Ich will niemandem vorschreiben, wie er seine anderen Auffassungen vertritt und wirkungsvoll macht, man müßte aber die Kontroverse aus einer Sphäre herausbringen, wo so getan wird, als gäbe es hier einen krassen Gegensatz in bezug auf Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Das wäre menschlich möglich.

*HK:* Mehr als zum Bereich der Wirtschaft drängt sich im Blick auf den Staat eine Frage auf, die ich gerade Ihnen gern stellen würde. Es gehört, jedenfalls seit den Debatten über § 218, über Scheidungsreform, über Familienrecht usw. zu den festen Auffassungen in einem Teil der Öffentlichkeit, daß es einen Schwund an Konsens jedenfalls über die politisch-ethischen Grundlagen von Staat und Gesellschaft gebe. Waren aber in den Grundaussagen über Gesellschaft und Staat Schumacher und Adenauer wirklich einander näher als heute Schmidt und Strauß, Kohl und Wehner, oder Barzel und Brandt?



*Wehner:* Lassen Sie mich aus dem Spiel. Das ist kein Wort, mit dem ich hier prahle, auch wenn es anderen so erscheint. Ich bin zu sehr Prügelknabe der Nation. Ich rechne mich überhaupt nicht in die Reihe der sog. Köpfe dieser Republik. Ich bin ein parlamentarischer Praktiker, und solange ich kann, will ich noch dazu beitragen, daß wir das Erlebnis zweier Weltkriege mit den mit ihnen einhergehenden Diktaturen nicht umsonst hatten, daß wir uns Mühe geben, daß sich so etwas nicht wiederholt. Das ist meine persönliche Auffassung. Ich bin da schwer verwundet und werde es immer wieder und habe da keine Illusion...

### **„Der parteipolitische Eifer rangiert vor dem Bemühen, etwas zustande zu bringen“**

*HK:* Meine Frage war: Sind die gegnerischen Lager so weit auseinander, im Vergleich zu den Ursprüngen der Bundesrepublik so sehr konsensunfähig, wie es gelegentlich dargestellt wird?

*Wehner:* Ich kenne das Verhältnis Schumacher-Adenauer sehr genau, wenn Sie so wollen, intim, und habe meinerseits dazu beigetragen, daß mein Lehrmeister Schumacher die unvermeidlichen Erörterungen zwischen Oppositionsführer und Regierungschef nicht, wie er es zeitweilig zum Ausdruck gebracht hat, als eine Last empfand, sondern auch seinerseits dazu beigetragen hat. Er ist dabei einige Male tief verwundet worden, weil nicht die volle Wahrheit gesagt worden ist. Ich will das nicht wieder aufwärmen. Jetzt versage ich mir ein Urteil über die Fähigkeit der von Ihnen genannten Schmidt auf der einen Seite, Strauß, Kohl auf der anderen Seite, miteinander umzugehen. Ich habe allerdings den Eindruck, und in besonders schweren Wochen habe ich es immer miterlebt, bei jedem Terrorfall zum Beispiel. Ich war ja vom ersten schrecklichen einschlägigen Ereignis bei der Entführung von Peter Lorenz mit dabei, als wir uns zusammensetzten und miteinander Gedanken austauschen mußten. Da hat man nicht einen gegen den anderen ausgespielt und hat auch nicht nachträglich den Versuch gemacht zu sagen, nur der oder der hatte recht. Sondern man hat auch in den schwierigsten Fällen gefunden, was man nur in gemeinsamen Überlegungen und unter Tolerierung auch des jeweiligen Gegners tun muß, sei es, um das Leben von Menschen zu retten, sei es, um das Umsichgreifen des Terrorismus zu begrenzen oder gar zu hindern. Dies waren Ausnahmesituationen, aber in ihnen hat man wirklich das Notwendige gemeinsam getan.

*HK:* Wie steht es aber um den häufig konstatierten Gegensatz zwischen den Vätern der Verfassung und denen, die heute politisch verantwortlich Verfassungswirklichkeit gestalten? Ist hier der Schwund an Wertbewußtsein so unvergleichlich groß, wie er gelegentlich dargestellt wird?

*Wehner:* Es kann leider nicht verneint werden, daß es Erscheinungen dieser Art nicht nur gibt, sondern daß sie

nicht zu übersehen sind. Ich weiß, daß die Menschen anders sind in dem, was sie tun oder unterlassen, als in ihren Vorsätzen. Das ist nun mal so menschliche Natur. Aber man kann nicht sagen, daß bei denen, die Sie Väter des Grundgesetzes genannt haben, alles zum Besten stand und daß jetzt jene, die in Praxis umzusetzen haben, was das Grundgesetz vorschreibt, den Wertgehalt des Grundgesetzes einfach vernachlässigten. Es ist nur die Sucht größer geworden, jeweils den anderen dabei an die Seite zu drängen, und das ist, zugegeben, auch menschlich.

*HK:* Wo sehen Sie davon Auswirkungen auf die politisch-parlamentarische Arbeit?

*Wehner:* Wir werden zum Beispiel in nächster Zeit eine Situation haben, in der wir feststellen müssen, daß im Stau, oder soll ich sagen im Verhau, des Bundesrates und der Bundesratsmehrheit viele Gesetze hängenbleiben, die eigentlich, auch wenn sie gewisser Veränderungen bedurften, nicht liegengelassen werden dürften, z. B. das Gesetz über Jugendhilfe und ähnliches. Hier rangiert der parteipolitische Eifer zum Nachteil des jeweiligen Gegners vor dem Bemühen, etwas zustande zu bringen, bei dem jeder etwas nachgibt, aber das Ganze für alle tragfähig wird. Wir haben ja genügend solche Gesetze gehabt, z. B. das Gesetz über das Recht der elterlichen Sorge, wo es zunächst auch heftige Auseinandersetzungen und dann doch so viel Möglichkeiten zur Verständigung gegeben hat, daß ein Gesetz daraus geworden ist, mit dem man nicht nur leben, sondern das weiterhelfen kann, bis man einmal zu weitergehenden Kenntnissen gekommen sein wird. Bei der Jugendhilfe und einigen vergleichbaren Gesetzen scheint das immer wieder anders zu werden.

*HK:* Haben gerade die Gesetzesvorhaben bzw. die verabschiedeten Gesetze, die Sie nannten, nicht doch in einer besonderen Weise den Charakter von Grundsatzentscheidungen. Mich würde z. B. interessieren, wie Sie in dem Zusammenhang zu dem Problem stehen – so wird es gelegentlich definiert –, daß im Zuge einer starken Individualisierung der Lebensverhältnisse und einer dem teilweise folgenden Rechtspolitik es mehr oder weniger für alle Parteien schwieriger zu werden scheint, die sogenannten natürlichen oder gewachsenen sozialen Einheiten, an erster Stelle die Familie, rechtlich in ihren Funktionen adäquat zu umschreiben und gegenüber den Rechten oder Ansprüchen des Ehepartners oder auch der Kinder zu sichern.

*Wehner:* Daß es hier um sehr grundsätzliche Fragen geht, will ich nicht leugnen. Ich bin in der eigenen Fraktion jedenfalls einer von denen, manchmal auch derjenige, der sagt, unterschätzt nicht die Grundbedeutung der Familie, und macht an der Familie nicht herum, laßt nicht den Eindruck oder auch Folgen des Eindrucks zu, als setzten wir vor die Familie andere Zusammengehörigkeiten. Wir haben da in der eigenen Fraktion gelegentlich Erörterungen und manchmal auch Auseinandersetzungen. Wir haben es dennoch geschafft, aus sehr umstrittenen Textentwürfen zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen, ob es sich um



§ 218 oder um Wehrdienstverweigerung handelt. Mich hat besonders gekränkt, daß im Gegenüberstellen von Gegensätzen so getan wird, als bedeute das, was die Mehrheit des Bundestages als Gesetz zur Reform von § 218 durchgesetzt hat, ein Recht zur Tötung sei. Wir hatten im vorigen Jahr eine Situation, die mir Anlaß gab, den Sozialdemokraten mitzuteilen, wie wenig sachlich die Auseinandersetzung darüber war, daß nämlich der Eindruck entstand, als ob auf sozialdemokratischer Seite nicht der Schutz und die Förderung werdenden Lebens und die Beratung der Frauen Vorrang hätte, sondern die Beihilfe zum Auslöschen werdenden Lebens.

*HK:* Haben Sie den Eindruck, Ihre Interventionen seien in der Partei auch so aufgenommen worden?

*Wehner:* Ich weiß nicht, wer alles diese Texte gelesen hat. Sie sind jedenfalls heute noch verantwortbar. Sie wurden leider nur zum Teil erläutert. Hier sitzt immerhin einer Ihnen gegenüber, der seinerzeit, als zum erstenmal die Gesetzesentwürfe der verschiedenen Seiten zu § 218 eingebracht worden waren, darauf bestanden und das in der eigenen Fraktion auch durchgesetzt hat, auch gegenüber dem damaligen Vorsitzenden oder Obmann der Arbeitsgruppe der Sozialdemokraten in den einschlägigen Ausschüssen, daß jeder Gesetzesentwurf von Anfang bis Ende durchberaten und über jeden abgestimmt wurde. Das war eine sonst nicht übliche Art und Weise. Aber das wurde von der Gegenseite alles beiseite gedrängt. Noch so sachliche Gespräche mit Vereinigungen, die unmittelbar doch den Eindruck hinterlassen hatten, man habe sich im gegenseitigen Verstehen einander angenähert, verschwanden dann, wie das so geht, in der Propagandapublizistik – und so kommen dann in solchen Sachen tödliche Gegensätze zum Austragen.

*HK:* Ich bin mir im Augenblick über den Adressaten bzw. über die Art der Gegnerschaft nicht ganz im klaren. Inwieweit meinen Sie damit den politischen Gegner und inwieweit Auseinandersetzungen mit meiner Kirche und mit Gruppierungen in ihr?

*Wehner:* Was ich sage, ist ein Ausdruck meiner Bitterkeit. Lächeln Sie darüber, wie Sie wollen. Sie haben das Recht, wenn Sie meinen, Sie vertreten die höheren Werte. Ich habe gerungen und werde nicht aufhören, bis ich nicht mehr reden kann, zu ringen, um die – soweit es menschenmöglich ist – sachliche Auseinandersetzung auch über ein so schwieriges Kapitel wie es mit § 218 angerührt ist. Was von uns ausging, wurde ja zum Teil nicht einmal wiedergegeben. Ich habe eine Entschließung, die die beiden Fraktionen eingebracht haben, bei der Schlußberatung des zweiten Gesetzesentwurfes angeregt. Dort haben wir festgeschrieben, daß der Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens der Staatsgewalt sowohl als sozialpolitische wie als strafrechtliche Aufgabe gestellt ist und daß wegen der besonderen Beziehungen zwischen der Schwangeren und dem Kind dieser Schutzregelungen besonderer Art erfordert, die aus anderen sozialen Bereichen nicht ohne weiteres übertragen werden können...

## „Das Nicht-verstehen-Wollen ist offenbar wechselseitig“

*HK:* Aber hier war jede Seite entschlossen, die jeweils eigene Forderung klar durchzusetzen. War es nicht so, daß weder die eine noch die andere Seite die Sache gesetzgeberisch im Grunde für kompromißfähig hielt?

*Wehner:* Alle Bemühungen um Verständnis und Aufeinanderzugehen, um nicht etwas zu verwischen, was bei dem einen eine Gewissensfrage, bei dem anderen eine anders zum Ausdruck gebrachte Frage ist, die sind an der Sucht auch einiger Verbandsleitungen so gut wie abgeprallt. Das ist etwas, das ich mitnehmen werde, auch wenn ich einmal gezwungen sein werde, aufzuhören, parlamentarisch tätig zu sein: daß man sich nicht auf Erörterungen und ihren sachlichen Verlauf verlassen kann, so daß die Propaganda jeweils das Übergewicht hat, und zwar in der Weise, daß der andere immer in das denkbar ungünstigste Licht gesetzt wird. Es wäre hier manches möglich gewesen, auch in den Gesprächen zwischen den Vertretern der Kirche und uns. Das ist leider zeitweise völlig ausgeschaltet worden.

*HK:* Kam hier zur Unvereinbarkeit der Standpunkte in der Sachfrage nicht auch die grundsätzliche Schwierigkeit, zwischen ethischen Grundsatzforderungen und dem politisch-rechtlich Machbaren zu vermitteln?

*Wehner:* Das konnte gar nicht anders sein. Das Problem ist nur die Art, in der man sich wechselseitig darstellt, öffentlich, und zwar, als sei die jeweils andere Seite der Feind. Das ist das, was mich in diesem Zusammenhang bedrückt. Ich habe doch jahrelange Gespräche, und zwar nicht verlangt von mir, sondern angeboten auch von der anderen Seite, mit Bischof Tenhumberg geführt. Ich bin auch dankbar für jedes Gespräch, auch wenn es noch so schwierig ist, mit den jetzigen Repräsentanten der katholischen Kirche gegenüber Parlament und Regierung. Nur ist da ein Nichtverstehenwollen offenbar wechselseitig. Ich nehme da die Leute auf der Seite der Sozialdemokraten – ob es nun ein Nichtwollen oder ein Nichtkönnen ist – gar nicht völlig aus. Da hat man sich auch gar nicht gründlich genug miteinander befaßt, um zu merken, wie tief der Stachel sitzt und welche Widerhaken es gibt.

*HK:* Sieht man sich also gegenseitig noch zu sehr als politische Gegner, um Sachprobleme ausdiskutieren zu können, oder ist es einfach so, daß Ihre Partei Schwierigkeiten hat, einzusehen, was Aufgabe einer Kirche ist, und die Kirche Probleme hat, richtig einzuordnen, welches die Aufgaben, die Möglichkeiten und die Grenzen der Möglichkeiten einer mehrheitsfähigen Partei in einer säkularen Gesellschaft sind?

*Wehner:* Das ist sicher so.

*HK:* Und ist das nicht auch ein Problem, das nicht nur die Kirche betrifft, sondern dieser Republik anhaftet? Ich meine die nur bedingte Offenheit von Kirche und Sozialdemokratie füreinander?



*Wehner:* Darin steckt vieles Richtige. Andererseits ist es nicht völlig außer acht zu lassen, daß es z. B. in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion doch einige nicht völlig unscheinbare Mitwirkende gibt, die sich im Rahmen dieser Fraktion niemals dem Vorwurf ausgesetzt sehen, sie seien eben halt Katholiken, so wie ich mich und einige andere dem Vorwurf aussetzen müssen, wir sprächen eben als evangelische Kirchenleute, die wir auch sind.

*HK:* Das steht, auch wenn es viel zu wenige sind, außer Frage, aber ist die eigentliche Schwierigkeit nicht die eines fortbestehenden Unverhältnisses zwischen der Kirche und der Partei als ganzer?

*Wehner:* Das Problem ist die Überleitung von den naturgegebenen Unterschieden und Gegensätzen zu den wenn auch noch so mühseligen Erörterungen. Wie können wir wechselseitig ein Gespräch so zustande bringen, daß nicht der eine dem anderen vorschreibt: so nur geht es, aber unter keinen Umständen anders, sondern beide gespannt sind auf den Rat, den die jeweilige Gesprächsgegenseite zu geben hat? Für mich war das tief verletzend, als unmittelbar, nachdem der Bundestag mit Mehrheit – ich war ja der Mann, der den Antrag überhaupt zustande gebracht und auch durchgehalten hat, ohne dabei mich persönlich zu profilieren – im Blick auf die Verbrechen in der NS-Zeit die Aufhebung der Strafgesetzbuchbestimmung über Verjährung von Mord beschlossen hatte, der Vorwurf erhoben wurde, wir hätten uns mit der Änderung des § 218 eines entsprechenden Verbrechens schuldig gemacht. Diese Auseinandersetzung hätte man anders beginnen und auch anders weiterführen können. Hoffentlich wird sie in späteren Jahren noch einmal versachlicht oder, jedenfalls bei wechselseitiger Achtung der Würde des anderen als Mitmensch, zu einem guten Ergebnis zu führen sein. Bis jetzt sehe ich da noch keinen Weg. Es ist immer noch Propagandaschlagen.

### **„Ich weiß nicht, wie es auf der anderen Seite ist“**

*HK:* Hierüber dürften auch in der Kirche, wenigstens was den Stil betrifft, nicht alle besonders glücklich gewesen sein. Aber wir sollten jetzt nicht zu sehr am § 218 und seiner Symptomatik hängenbleiben...

*Wehner:* Das war meine Schuld...

*HK:* Sie haben angedeutet, daß so etwas wie „Rat“ erwartet werde. Es wäre sicher nicht nur für das Verhältnis Kirche-Sozialdemokratie gut, wenn das so wäre, sondern auch für die politische Kultur und das politische Ethos im Lande. Scheitert solches aber nicht immer noch daran, daß zu viele Positionen immer schon aus Tradition oder politischer oder gesellschaftstheoretischer Fixierung festgeschrieben sind, bevor man ins Gespräch geht?

*Wehner:* Da gebe ich Ihnen uneingeschränkt recht. Nur dürfen Sie nicht völlig außer acht lassen, entschuldigen Sie diese persönliche Bemerkung, daß Ihnen hier einer

gegenübersitzt, der in der eigenen Fraktion und Partei in vielen Fällen, die, wenn es notwendig wäre, auch nachweisbar sein würden, genau vor den Folgen warnt, mit denen wir es jetzt in einigen Zusammenhängen zu tun bekommen werden. Ich gehöre zu denen, die dann das, was man Mut nennt, aufbringen und sagen, Kinder, das ist deswegen falsch, weil die andere Seite es so auslegen muß und auch auslegen kann, wobei sie gar nicht böseartig zu sein braucht. Aber das ist noch unwechelseitig. Ich weiß nicht, wie es auf der anderen Seite ist, da habe ich keine Erfahrung.

*HK:* Ein besonders schwieriger Punkt scheint gegenwärtig zu sein, daß zwar geschichtliche Gegnerschaften zwischen Kirche und Sozialdemokratie noch nachwirken, daß aber die Sozialdemokratie heute als säkularisierte Volkspartei zum natürlichen Träger eines emanzipationsbewußten und -bemühten bürgerlichen Denkens und Verhaltens geworden ist, durch das die Kirche zum Beispiel in Bildungsfragen fast zum natürlichen Gegner der Sozialdemokratie wird? Und kommt nicht verschärfend hinzu – ich denke an gewisse Auseinandersetzungen um schulische Rahmenrichtlinien oder auch an rechtspolitische Fragen –, daß gelegentlich von beiden Seiten für marxistisch oder originär sozialdemokratisch gehalten wird, was schlicht emanzipativ-spätbürgerlich ist?

*Wehner:* Daran ist etwas Richtiges. Aber was die Schulfragen betrifft, sind wir ja im Grunde genommen ohne jede Zuständigkeit vom Bund her, werden aber fortgesetzt in die politische Auseinandersetzung hineingezogen...

*HK:* Dennoch geht es dabei immer um mehr als nur um Landesbefugnisse, schon beim Thema Gesamtschule zum Beispiel...

*Wehner:* Meiner Ansicht nach könnte die Auseinandersetzung über die verschiedenen Schularten so versachlicht werden, daß die eine die andere nicht ersetzen oder erdrücken soll, sondern daß man Versuche macht. Alles Menschenwerk ist ja doch von vorneherein nicht absolut gut oder absolut schlecht. Aber da fehlt es leider an der Fähigkeit, den Reiz zu unterdrücken, den die streitbare Auseinandersetzung darüber, daß das eine ganz gut, das andere ganz schlecht ist, hat.

### **„Ich gestehe, daß ich entsetzt bin über manche Entwicklungen“**

*HK:* Die Schule ist in diesem Zusammenhang vielleicht ein Kapitel, sicher nicht das schwierigste. Aber nehmen wir z. B. die Familienpolitik. Hier scheinen mir Position und Gegenposition noch viel deutlicher zu sein. Das heißt nicht, daß die Partei das schlechthin vertritt, aber sind in der Partei nicht stark Tendenzen wirksam, die über das Vehikel eines emanzipatorischen Gesellschafts- oder Menschenbildes den Antrieb zu einer Entwicklung geben, die da den einzelnen noch mehr aus gewachsenen Gemeinschaften, vor allem aus der Familie herauslösen wollen



oder die Funktion der Familie für den einzelnen und im Aufbau von Gesellschaft und Staat nicht so recht einsehen wollen?

*Wehner:* In der Sache haben Sie recht. Das ist aber ein Problem, mit dem wir alle zu tun haben, nicht nur jene, denen man mit mehr oder weniger Recht unterstellt, sie schotterten das, was Sie hier unter dem Sammelbegriff emanzipatorische Bestrebungen nennen. Ich gehöre, wie gesagt, zu den altmodischen Menschen, die für die Familie nicht nur eintreten auch als eine Möglichkeit, sondern als *die* eigentliche Möglichkeit. Und ich gestehe persönlich, daß ich entsetzt bin über manche Entwicklungen, durch die die Familien auseinanderdividiert werden oder ins soundsovielte Glied gedrängt werden, was die Werte unserer Gesellschaft betrifft.

*HK:* Wäre nicht gerade in der Familienpolitik hinsichtlich der Leitidee eine Klärung quer durch die Parteien überfällig?

*Wehner:* Ich bin für Familie und weiß, sie gehört zu den vorrangigen Werten. Darüber gibt es Auseinandersetzungen sowohl bei den Sozialdemokraten als auch bei den Liberalen. Darüber sollte eine fruchtbare Entwicklung des Verhältnisses Gemeinwesen-Familie nicht stehenbleiben. Nur müssen wir davon wegkommen zu unterstellen, die eine Partei tue dies sozusagen vom Programm her und jene andere tue – auch im Grunde vom Programm oder ihrer Berufung her – das Gegenteil. Hier könnte man in manchem aufeinander zugehen, nicht mit Augenzwinkern, sondern um sich gegenseitig verständlich zu machen, was zum Beispiel der Grundwert Familie bedeutet. Das mag fachlich so nicht akzeptiert werden. Aber es ist nicht aussichtslos immer und immer wieder darüber zu reden, dabei auch einige Unterlassungen und Fehler loszuwerden und sich gegenseitig darauf aufmerksam zu machen.

*HK:* Sie haben mehrfach öffentlich angedeutet, daß Ihnen gewisse Entwicklungen gerade gegenwärtig besondere Sorgen machen. Gehören dazu neben der internationalen Krisensituation auch die wachsenden Anzeichen der Entfremdung von Staat und Bürger, von Wählern und Mandatsträgern, von beklagter Parteien- und Staatsverdrossenheit?

*Wehner:* Es gibt sicher Staatsverdrossenheit, es gibt auch wechselseitige Parteienverdrossenheit, aber ich warne davor, anzunehmen, dies sei der einen oder anderen Partei als Schuld zuzuschreiben. Ich wiederhole hier, was ich schon in einem anderen Zusammenhang versucht habe zu betonen: In einem demokratisch verfaßten Gemeinwesen müssen auch die politischen Gegner so aufeinanderzugeschritten, daß bei allen Gegensätzen, die es gibt und die bleiben werden, daß ihr Grundkonsens in bezug auf die Verfassung weder wechselseitig bestritten noch in Frage gestellt wird. Geschieht das dennoch, dann hat das Folgen im anderen Bereich und in der Breite der Mitmenschen und der Gesellschaft.

*HK:* Eines der neueren Grundwertepapiere Ihrer Partei spricht sehr dezidiert von „Staatsgläubigkeit“. Kann Staatsverdrossenheit, vor allem soweit sie neuerer Provenienz ist, nicht sehr weitgehend von erhöhten Erwartungen an den Staat bezüglich der eigenen Bedürfnisse und Glücksvorstellungen herrühren?

*Wehner:* Das ist nicht zu bestreiten. Ich möchte nur davor warnen, die Politik der sozialdemokratischen Partei und im parlamentarischen Bereich das politische Verhalten der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion als auslösenden Faktor dafür anzusehen. Es verdient kritisch entgegengenommen zu werden, daß wir oft nicht genügend deutlich zu machen verstehen, was vom Staat erwartet und was von ihm nicht erwartet werden kann, was ihm angelastet und was ihm nicht angelastet werden darf, daß er nicht alle anderen Faktoren im menschlichen Leben ersetzen oder verdrängen kann. Diesbezüglich gibt es sicher im Grunde keine nicht zu vereinbarenden Gegensätze zwischen den Parteien im parlamentarischen Bereich, aber in der Praxis wird das wieder zur Propaganda gegen den jeweiligen Gegner.

*HK:* Wird dieses Problem nicht in dem Maße noch heftiger, indem Erwartungen, die gesellschaftlich einmal durch die Religionsgemeinschaften und den die Gesellschaft prägenden Jenseitsglauben „abgedeckt“ schienen, heute an den Staat gerichtet werden, wobei man den Staat als Glücksgeber sozusagen noch einmal ins Private mitnehmen möchte und dadurch behindert wird, diesen in seinem Eigengewicht jenseits des persönlichen Glücks richtig einzuschätzen? Zeichnet sich so etwas gegenwärtig nicht gerade in der Jungwählerschaft ab?

*Wehner:* Wir hatten solche ähnlichen Wellen schon öfters. Wir haben dies zur Zeit der außerparlamentarischen Opposition der jungen Leute erlebt, und die SPD hat ihren Teil dazu beigetragen, indem sie einen Teil dieser jungen Menschen integriert hat und so ihren Beitrag dazu liefert, daß sie im demokratischen Gemeinwesen sich nicht von den Kräften absondern, die darin arbeiten und ihm zu dienen bemüht sind. Daß die Kirchen und kirchliche Gemeinschaften sozusagen durch den Staat verdrängt werden, entspricht unserer Auffassung vom Staat und vom Grundgesetz nicht. Und das haben wir im Godesberger Programm, aber nicht nur dort, auch deutlich zum Ausdruck gebracht. Daß es in der Praxis an manchen Stellen so geschieht, wird auch von vielen Sozialdemokraten so verstanden, daß sie sich gegen eine solche Änderung wenden und deutlich machen, daß der Platz der Kirchen in der Gesellschaft ist. Ich habe mich in Parteitagsbeschlüssen meiner Partei, aber nicht durch Druck, sondern werbend auch im Umkreis der sozialdemokratischen Partei dafür eingesetzt, daß das dem Selbstverständnis der Kirchen entsprechend angemessen gewichtet wird. Wenn ich hier ein Fragezeichen setze, dann, daß das noch eine Frage der Selbsterziehung dieser Partei und ihrer Funktionärschaft ist, wobei man sie nicht alle über einen Leisten schlagen darf.